

Rechnungsprüfungsbericht für die Grüne Jugend Berlin für das Haushaltsjahr 2023

Rechnungsprüfer*innen: Marlene und Jannis

Schatzmeister: **Lukas**

Liebe Grüne Jugend,

mit dem folgenden Rechnungsprüfungsbericht möchten wir, die Rechnungsprüfung, euch einen Überblick über die finanziellen Geschäfte der Grünen Jugend Berlin im Geschäftsjahr 2023 geben. Das betrifft sowohl den aktuellen Landesvorstand sowie den vorherigen.

Lukas, unser Schatzmeister, stand uns für Rückfragen zur Verfügung. Grundsätzlich gab es folgende Sachverhalte, die wir erwähnenswert finden, beziehungsweise bemängeln oder auch positiv hervorheben möchten:

Positiv hervorheben möchten wir,

- dass Mitarbeiterhandys angeschafft wurden. Das hilft enorm die Arbeitsbedingung in unserer Landesgeschäftsstelle zu verbessern.
- Die Coronatests für diverse Veranstaltungen und das Büro waren sehr günstig in der Mengenbestellung.
- Die Getränkebestellung über Flaschenpost haben abgenommen.
- Das Webhosting wurde endlich gewechselt.
- Bei der Lavo Klausur konnte Geld eingespart werden, da diese mit an der LMV der GJ MV stattfand.
- Wir begrüßen, dass auf Landesmitgliederversammlungen kostengünstig gekocht wird.
- Die Visitenkarten für Lavo und Mitarbeitende wurden als Blanko Karten bestellt, sodass diese auch künftig nutzbar sind.
- Wir haben positiv festgestellt, dass es im gesamten Geschäftsjahr nur eine Mahnung wegen versäumter Rechnungszahlungen gab.
- Es sind in der Vergangenheit immer wieder Sachen und Wertgegenstände aus der LGS verschwunden. Hier wurde mit einem Schlüsseltresor entgegengewirkt und die Inventur (Auflistung der Gegenstände mit einem Wert über 100€) wurde gründlich gemacht.
- **Ein großer Dank geht an alle, die im letzten Jahr unsere Verbandsarbeit mit Spenden unterstützt haben!**

Erwähnenswert bzw. zu bemängeln ist, dass:

- Die Schatzmeisterei hat der Rechnungsprüfung kein Gender-Budgeting vorgelegt. Das ist ein klarer Bruch mit unseren Finanzgrundsätzen. Dafür wurde ein Konzept erarbeitet, das unserer Meinung nach schnellstmöglich umgesetzt werden sollte, damit für 2024 eine Analyse möglich ist.
- Kostenerstattungsanträge müssen fristgerecht eingereicht und abgerechnet werden, dass betrifft im Jahr 2023 sowohl die Antragsteller als auch die Schatzmeisterei.

- Der Rechnungsordner muss quartalsweise bei den Grünen eingereicht werden, damit jeweils ein Anteil des Zuschusses frei gegeben werden kann. Das ist im letzten Jahr leider nicht passiert.
- Zudem fehlen uns (Stand Ende Januar '24) der gesamte WK-Zuschuss der Grünen Berlin. Dem sollte unbedingt nachgegangen werden.
- Bei der Abrechnung von Schokolade oder Tee als Geschenke müssen auch die Namen der betreffenden Personen notieren werden, damit die 10€ Grenze für Aufmerksamkeiten nicht überschritten wird (Geschenken haben eine Mindestgrenze von max.10€ pro Person/ pro Jahr). Das gilt für 2023 insbesondere für unsere Fafos!
- Rechnungen & Anträge sollten grundsätzlich lesbar eingereicht werden. Zudem fehlt häufig die Nachvollziehbarkeit des Erstattungsgrundes. Wir bitten erneut, dies zu beachten und in der Zukunft zu verbessern. In letzter Konsequenz sollten Kostenerstattungsanträge von der Schatzmeisterei zurückgewiesen und neu gestellt werden. Außerdem sollten Rechnungen an die Anträge getackert werden, statt mit Tesafilm geklebt zu werden.
- Insbesondere bei der der Bestellung von Wahlkampfbehör und Wahlkampfmaterialien benötigt es für die bessere Nachvollziehbarkeit eine aussagekräftigere Beschreibung. Dabei sollte im Antrag genau benannt werden, was gekauft wurde und brauchen Datum und eine kurze Info zu Veranstaltungen bei Abrechnungen.
- Es gab Rechnungen aus dem letzten Haushaltsjahr, die zu spät überwiesen wurde (siehe Rechenschaftsbericht 2022).
- Die externen Kopierkosten waren sehr hoch. Wir empfehlen bei externen Ausdrucken besonders die Verhältnismäßigkeit zu achten.
- Im letzten Wahlkampf bekamen wir Unterstützung aus anderen Landesverbänden. Das ist erstmal begrüßenswert, allerdings fehlt uns bisher ein Konzept wie neben der Erstattung von Fahrtkosten mit der Verpflegung der Helfer*innen umgegangen wird. Das muss für zukünftige Wahlkämpfe dringend geändert werden.
- Bei dem Thema Honorarverträge gilt es sich an die Regeln der Finanzordnung zu halten. Zu einem ausgehandelten Honorar gehört immer ein Honorarvertrag und eine korrekt gestellte Rechnung dazu. Daran wurde sich auch in diesem Haushaltsjahr nicht immer gehalten.
- Beim Livestream der LMV 2022 wurde eine Essenspauschale im Jahr 2023 erstattet, Hierzu fehlt der Beschluss (für die Essenspauschale sowie die Veranstaltung).
- Stichprobenartig wurden die Finanzbeschlüsse des Lavos untersucht. Dabei ist aufgefallen, dass diese nicht gut dokumentiert sind.
- Für das Mitglieder Magazin werden Versandkosten fällig. Die BGs und die LGS sind nicht so weit auseinander, vielleicht gibt es eine Möglichkeit zukünftig Versandkosten zu sparen. (Bei einer Bestellung haben diese ca. 25% des Rechnungsbetrages ausgemacht).
- Es wurden weiter Schlüssel für die LGS nachgemacht, hier gilt es eine klare Inventur zu machen und Schlüssel konsequent wieder einzusammeln.
- Es gab eine Bestellung über Amazon Prime, darauf sollte in Zukunft, wenn möglich verzichtete werden.
- Bei bezahlten Rechnungen gilt es auf deren Korrektheit zu achten (es wurde eine Rechnung beanstandet). Hier gilt wie immer ohne korrekte Rechnung dar eigentlich keine Erstattung erfolgen.

- Auch in diesem Jahr fehlten einzelne Originalbelege. Bei Kostenerstattungsanträgen ohne Originalbeleg darf eigentlich keine Erstattung erfolgen. Für die Betreffenden Abrechnungen muss abschließend noch ein Verfahren gefunden werden!
- Es fehlten zunächst selbstgestellte Rechnungen im Rechnungsordner, die auf Hinweis der Rechnungsprüfung jedoch ergänzt wurden.
- Die Bilanzierung wurde nicht vollständig übergeben. Es fehlte eine Ausweisung der Forderungen, Verbindlichkeiten und der aktuelle Kontostand konnte nicht am Prüfungstermin korrekt ausgewiesen werden.
- Die Finanzordnung wurde in Bezug auf Überziehung von Posten und dem korrekten Anmelden von Überziehungen nicht beachtet. Das ist fahrlässig und entspricht nicht den Regelungen, die unsere Finanzordnung vorgibt und dass, obwohl es letztes Jahr einen Nachtragshaushalt gab. Hier ist keine stringente Finanzplanung erkennbar.
- Leider wurden die Fristen für die Rechnungsprüfung in diesem Jahr nicht klar kommuniziert. Dies führte dazu, dass den Prüfer*innen zu wenig Zeit gelassen wurde, um sich angemessen darauf vorzubereiten.

Insgesamt können wir festhalten, dass wir, die Rechnungsprüfung in diesem Jahr zufriedener als im letzten Jahr mit der Haushaltsführung ist. Das bedeutet, dass es teilweise noch erhebliche Probleme gibt, die aber nicht groß genug wären, dass sie eine nicht Entlastung rechtfertigen würden. Nach der Durchführung der Rechnungsprüfung sehen wir insbesondere Probleme bei der ordnungsgemäßen Haushaltsführung und einer Nachvollziehbarkeit der Ausgaben der GJB. Der Rechnungsordner wurde der Rechnungsprüfung nicht vollständig übergeben und die Rechnungsprüfung vom gesamten Landesvorstand nicht zufriedenstellend vorbereitet.

Festzustellen ist, dass mit nicht Satzungsgemäßer Haushaltsführung nicht leichtfertig umgegangen werden kann. Wir empfehlen daher weiterhin eine bessere Unterstützung der Schatzmeisterei in administrativer Arbeit und eine bessere Zusammenarbeit mit dem Finanzreferat der Grünen LGS. Generell empfehlen wir langfristig ein Wissensmanagement zu etablieren, um die Schatzmeisterei mit dem Wechsel von Personen arbeitsfähig zu halten.

Die Rechnungsprüfung empfiehlt der Landesmitgliederversammlung, den Landesvorstand für das Haushaltsjahr 2023 zu entlasten.

Berlin, 02.02.2024

Die Rechnungsprüfer*innen

Jannis & Marlene